

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2003)

Heft: 1: Energieforschung : Signale für den Ausstieg

Artikel: Katzenjammer im Zurzibiet

Autor: Mutter, Christa

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586079>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Katzenjammer im Zurzibiet

Dem unteren Aaretal geht es schlecht, Firmen und Schulen schliessen, Familien wandern ab. Die Region hat sich dreissig Jahre lang voll auf die Atomwirtschaft verlassen und ihre wirtschaftliche Entwicklung verschlafen. Ein Ja am 18. Mai würde sie unsanft wachrütteln.



Von Christa Mutter, freie Journalistin in Freiburg (Text und Bilder)

Zur Winterszeit wird es zwischen drei und vier Uhr nachmittags im Wintergarten des Ehepaars Riwar plötzlich schattig: Die Dampfwolke des Kühlturms von Leibstadt steht den Nachbardörfern vor der Sonne. Doch der ehemalige Bezirksschulrektor Karl Riwar, einst treibende Kraft der AKW-Gegner von Full-Reuenthal, hadert nicht mit der Vergangenheit. Er hat in der Gegenwart genug zu tun, wehrt sich gegen überrissene Strassenprojekte und sorgt sich um die Zukunft der Region. In einem Punkt ist er sich einig mit seinen politischen Geg-

nern: Das Zurzibiet kämpft mit grossen wirtschaftlichen Problemen. Zukunftsträchtige Ideen und Projekte sind rar.

Atommecca im Randbezirk

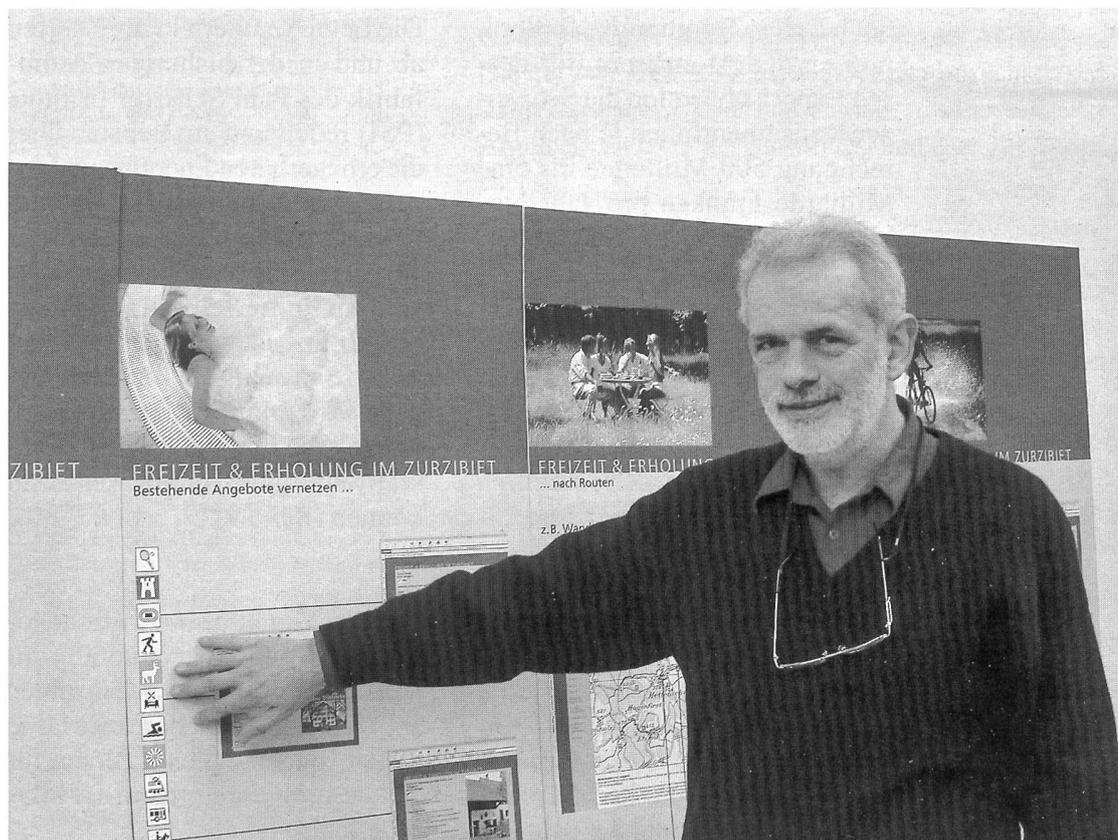
Dabei richten die Strombarone seit den sechziger Jahren hier mit der grossen Kelle an. «Zurzibiet» nennt sich die Gegend in der Rheinschlaufe bei der Aaremündung im Bezirk Zurzach, die nördlichste Aargauer Region. Während sich das Surbtal schon gegen das Limmattal und Zürich hin orientiert, ist das untere Aaretal von Würenlingen (noch im Bezirk Baden) bis Koblenz und Zurzach eine Gegend am Rand, die sich auch so fühlt.

Nur im Energiebereich ist die Region wichtig: Sie liefert fast ein Viertel des Schweizer Stroms. «Die Entscheidungszentren liegen freilich auswärts»,

betont Regionalplaner Martin von Kaenel: Die Nordostschweizerischen Kraftwerke NOK und die ABB residieren in Baden, die Axpo in Zürich.

In Würenlingen stehen auf der Aarehalbinsel Beznau die beiden ältesten Atomkraftwerke der Schweiz (1969/1971). Würenlingen beherbergt auch das vor zwei Jahren eröffnete Zwilag, das Zwischenlager für radioaktive Abfälle. Im Norden ist die Kühlturm-Dampffahne des KKL (Kernkraftwerk Leibstadt) sichtbar, des neusten Schweizer AKWs (1984).

Vor der Atom- war die Wasserkraft da, mit den Aarekraftwerken Klingnau und Beznau sowie mehreren Staustufen am Rhein zwischen Rekingen und Laufenburg. Selbst als Endlager-Standort für hoch radioaktiven Atommüll gehörte der Bezirk zu den Favoriten. 1980 tauchten Böttstein und Leuggern in einer Liste der Nagra auf, weil atomfreundliche Gemeindeväter ihr Dorf gleich selbst angeboten hatten. Erst 1995 gab die Nagra das Zurzibiet auf, nachdem Geologen des Bundes befahlen, Standorte mit Kristallingestein fallen zu lassen.



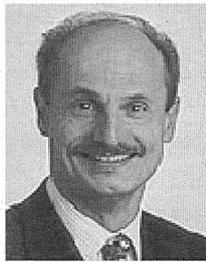
«Man kann nicht behaupten, der Energiesektor habe die wirtschaftliche Innovation verhindert. Aber vielleicht war dadurch der Leidensdruck weniger gross.»

Regionalplaner Martin von Kaenel in Ennetbaden

Krise im Industriesektor

Insgesamt bringt es die Aargauer Energiebranche immer noch auf fast 3000 Arbeitsplätze, ein Drittel davon im Bezirk Zurzach. Seit 1991 verlor der Bezirk 12,5 Prozent aller Stellen, darunter 1500 von 6500 Arbeitsplätzen in der Industrie: Die Spanplattenfabriken Thermopal und Novopan sind geschlossen, das Zementwerk Rekingen machte 1997, die chemische Fabrik Uetikon 2001 dicht. Sie hatte vergeblich auf einen neuen Rheinhafen bei Full gehofft.

Martin von Kaenel weist auf zwei zentrale Probleme hin: «Das Baugewerbe ist mit 30 Prozent der Stellen traditionell übervertreten. Und im Vergleich zur Region Baden binden die Betriebe im Zurzibiet doppelt so viel Eigenkapital,



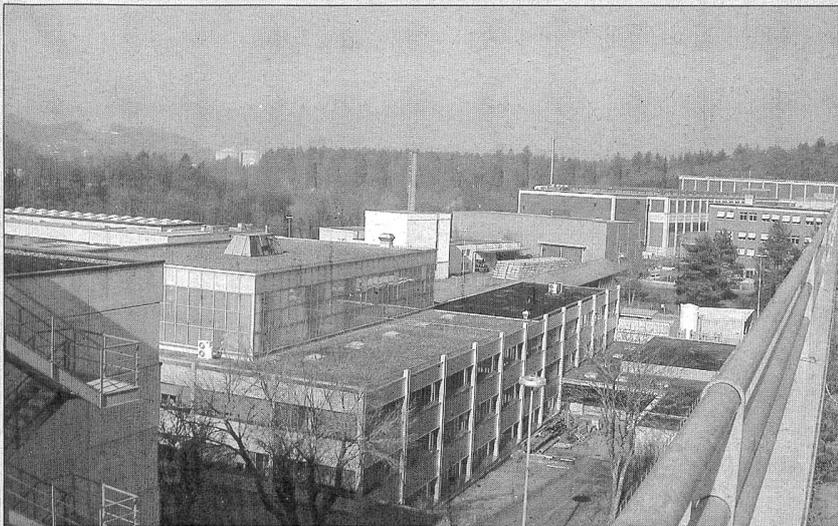
Marcel Iseli,
Präsident des
Wirtschaftsforums
Zurzibiet,
über ein Ja zur
Ausstiegs-
Initiative

«Wir wagen gar nicht, daran zu denken, dass so etwas durchkommen könnte.»

tal, werfen aber nur halb so viel Eigenkapitalrendite ab.» Das wichtigste Beispiel nennt er nicht explizit: Die riesige Investitionsruine KKL, wo Milliarden nicht amortisierbar sind.

Frühlingserwachen im Paul Scherrer Institut

Der Energiesektor hat Zukunft: Das Paul Scherrer Institut (PSI) hat das begriffen. Das zur ETH gehörige grösste nationale Forschungsinstitut breitet sich in Villigen und Würenlingen aus. Noch haftet ihm der Ruf des alten Instituts für Reaktorforschung an, das 1988 mit dem Institut für Nuklearforschung zum PSI fusionierte. Die PSI-Direktion streicht inzwischen lieber ihren Einsatz im Bereich Klima und Umwelt heraus. «Die Kernenergieforschung machte 2001 noch 20 Prozent unseres Budgets aus, letztes Jahr 18 Prozent. Es geht dabei vor allem um Sicherheitsforschung für den Betrieb der Kernkraftwerke», erklärt PSI-Kommunikationschef Beat Gerber. «Zukunft haben Forschungsbereiche wie die Nutzung der seit 2001 funktionierenden Synchrotron Lichtquelle SLS.» Dieses «Riesen-Mikroskop» mit Baukosten von 159 Millionen Franken ist ein Elektronenbeschleuniger, der Licht verschiedener Wellenlänge extrem scharf bündelt und damit für Forscher aus aller Welt interessant ist. Andere Vorzeigestücke sind ein Solarkonzentrator – eine Art Riesen-Solarofen – oder Projekte für einen «Null-Emissions-Lastwagen», Biomassevergasung, effizientere Batterien und Brennstoffzellen. Der Bund liefert dem PSI 217 Millionen Franken pro Jahr, den Rest des Budgets von 254 Mio. Franken decken Sponsoren, Nationalfonds und EU-Programme.



Das Atomforschungszentrum PSI in Würenlingen: Die Direktion streicht lieber den Einsatz in den Bereichen Klima und Umwelt heraus.

In den achtziger Jahren wuchsen auch im Zurzibiet Einfamilienhaus-Hänge aus dem Boden, bevor die Landflucht begann. Man habe gejammert statt gehandelt und es verpasst, die Qualität als Wohnregion zu nutzen, findet SP-Grossrätin Eva Kuhn: «Um auch zahlungskräftige Familien zu halten, muss man halt nicht Strassen bauen, sondern Anreize schaffen, zum Beispiel Einrichtungen für Kinderbetreuung.» Jetzt schliessen Kindergärten, und mehrere Dörfer fürchten um ihre Grundschulen. In dieser Situation ist die Stellung der Energiewirtschaft doppelt stark. «Die Bevölkerung steht zur Energiewirtschaft mit ihren Werten und Lasten. Sie ist ein stabiler Faktor; sie war, ist und wird hoffentlich ein wesentlicher Teil der hiesigen Wirtschaft sein», sagt Regionalplaner Martin von Kaenel. Freilich werden auch hier Stellen weggespart: Im KKL sank die Stellenzahl innert zwei Jahren von 411 auf 395.

Von Kaenel sorgt sich um die Entwicklung, die nicht in der Hand der Region liegt, vor allem seit die NOK im Rahmen der Axpo im europäischen Strommarkt mitmischte. Der NOK gehören Beznau I und II. Seit der Übernahme der Watt AG betreibt sie auch das KKL, an dem alle grösseren Elektrizitätsgesellschaften Anteile halten.

Leibstädter Millionensegen

Das KKL brachte Leibstadt einen gewaltigen Geldregen, der aber vorzeitig abnahm. In der Planungsphase zehrte die Gemeinde von einem «Wartegeld» von jährlich 30 bis 50'000 Franken. Sie senkte ihren Steuersatz von 170 % zeitweise bis auf die Hälfte. Doch der Bau des KKL kostete 5,1 statt der geplanten 1,8 Milliarden Franken.

Wegen des neuen Aktiensteuerrechts und einer neuen Kapitalstruktur zahlte das KKL der Gemeinde in den letzten Jahren statt 2 bis 2,5 Millionen noch 1,2 Millionen Franken: immer noch ein schöner Ertrag, ein Drittel der Gemeindecinnahmen. Das KKL investiert laut Infochef Leo Erne im Bezirk jährlich 19 Millionen Franken. Und die Hälfte der Angestellten wohne auch hier.

Der Geldsegen bescherte Leibstadt jahrelangen Zwist mit den Nachbargemeinden, die ursprünglich keinen Rappen erhalten sollten. Nachdem diese drohten, eine kantonale «Lex Leibstadt» für eine Umverteilung durchzusetzen, wur-

den sie mit einigen Zehntausend Franken pro Jahr abgespiessen. Ausserdem wurde die Gemeinde nun im Finanzausgleich höher eingestuft, und die neuen Infrastrukturen müssen unterhalten werden. Folge: Die Steuern in Leibstadt stiegen wieder bis auf 105 %. Wenn im liberalisierten europäischen Strommarkt die Preise weiter sinken sollten, so befürchtet Ammann Walter Anderhub, fielen für Leibstadt die Hälfte der KKL-Steuern oder mehr weg.

KKL: Mit Zuckerbrot und Peitsche

Wie das KKL nach Leibstadt kam und die Gemeinden einseifte, ist eine besondere Geschichte. «Bekannt wurde 1965 schnell, dass die Elektrowatt Boden kaufte», erinnert sich Karl Riwar. Leibstadt war erfreut, die Nachbardörfer erfuhren nur wenig. Ein kleines Grüppchen um Riwar organisierte dann den Widerstand: Zwei Ammänner, Gemeindeglieder Josef Frei und der Industrielle Heinrich Villiger. Sie erregten mit Broschüren und Veranstaltungen viel Aufsehen, wurden aber schlecht beraten. Zwei Tage vor dem Beschwerdetermin für das Verwaltungsgericht versprachen die AKW-Bauer den Gemeinden 3 Millionen Franken für Radwege. Die Gemeinden kuschelten, das Grüppchen privater Opponenten gab

angesichts des finanziellen Risikos und der Warnungen ihres Anwalts auf – er wurde später Atel-Verwaltungsrat. «Bei den Demonstrationen auf dem AKW-Gelände waren dann praktisch keine Einheimischen dabei», erinnert sich Riwar, «nicht wie in Kaiseraugst, wo Basel fast vor der Haustür liegt. Dort gibt es eine andere Mentalität, hier sind die Leute konservativ und obrigkeitseingebildet.» Und natürlich sei die Gegend immer mausarm gewesen: Er erzählt, wie Bauern nach dem Krieg für ein Butterbrot ihren Boden verkauften und Betriebe nur Hungerlöhne zahlten. Eine zukunftsversprechende Industrie habe man nie ansiedeln können: «Hier an der Grenze auf dem Land können sie mit der Geldbörse viel machen. Wenn das AKW 10 000 Fränkli für neue Uniformen der Dorfmusik gibt, meinen die Leute, man müsse auf den Knien danken. Wirtschaftlich sind viele vom Atomsektor abhängig. Nicht nur Betriebe wie die Maschinenfabrik Döttingen, die Kessel für Kraftwerke herstellt, sondern fast jede Familie: Man arbeitet dort, als Nachtwächter, als Operator, als Putzfrau.»

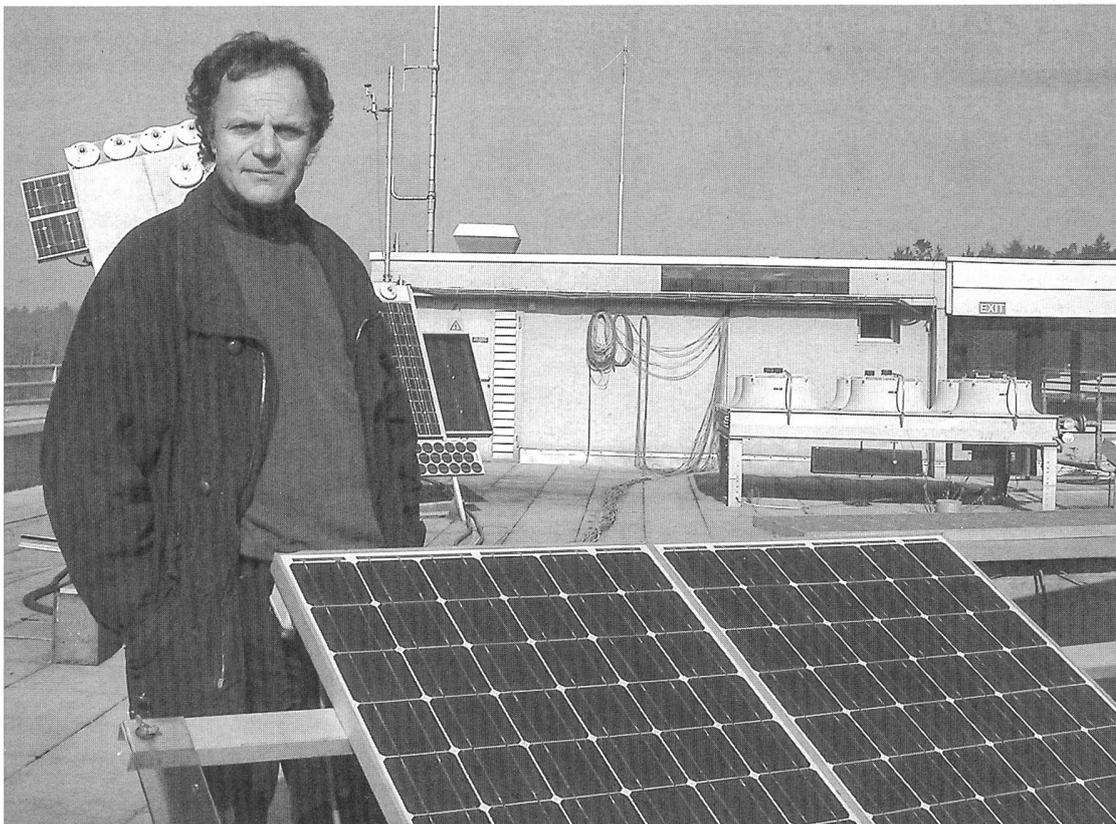
Hinzu kommt der politische Filz. «Zwei der Hauptagitatoren für das AKW waren der Leibstädter Ammann Josef Rennhard, der dann in eine tolle Villa nach Würenlos zog und später Chefredaktor des «Beobachters» wurde so-

wie Hans Jörg Huber, der spätere Ständerat», erinnert sich Karl Riwar. «Und bald hatte es in jedem Gemeinderat mindestens einen AKW-Angestellten.» Auch im Grossen Rat ist die Atomlobby immer präsent, etwa mit KKL-Infochef Leo Erne (CVP), dem Neffen Hans Jörg Hubers.

Am Tropf der Atomwirtschaft

Die Atomwirtschaft hat die Gemeinden auf vielfältige Weise am Gängelband. Da die AKW nur ein Drittel der Wärme in Strom umwandeln, bleibt viel Heisswasser übrig. Also baute man das Fernwärmenetz «Refuna», dem sich elf Gemeinden anschlossen. Eine gute Idee für Grossverbraucher und Städte, aber hier auf dem Land viel zu teuer im Vergleich zu anderen Heizungsarten. Die Aktionäre – neben der NOK viele Gemeinden – mussten 1998 17 Millionen Franken abschreiben und 2001 nochmals sanieren. Zudem sind sie nun für ihre Heizung auf Gedeih und Verderb von Beznau abhängig.

Doch manchmal hat selbst hier die Atomfreundlichkeit Grenzen: Als die Atomwirtschaft das Zwillag Würenlingen plante, griff sie auf die bewährte «Zuckerbrot und Peitsche»-Politik zurück. Sie bot der Gemeinde innert 25 Jahren 15 Millionen Franken Ent-



«Die Kernenergieforschung machte 2001 noch 20 Prozent unseres Budgets aus, letztes Jahr noch 18 Prozent.»

PSI-Kommunikationschef
Beat Gerber



«Wenn das AKW 10 000 Fränkli für neue Uniformen der Dorfmusik gibt, meinen die Leute, man müsse auf den Knien danken.»

*AKW-Gegner
Karl Riwar
in Full*

schädigung an. Andernfalls würde der radioaktive Abfall ohne Entschädigung «dezentral gelagert»: in Beznau und Leibstadt, also auch direkt vor der Haustür der Würenlinger.

Trotz solch erpresserischer Methoden ergriffen die Würenlinger das Referendum und stimmten 1989 nur mit 52 % Ja zum Zwiilag, das nach der Eröffnung im Jahr 2000 vor allem mit Pannen von sich reden machte.

Raumplaner von Kaenel beobachtet, dass die Region langsam genug davon hat, als Hinterhof behandelt zu werden, wo Unliebsames deponiert wird. Neuste Bedrohung: Der Fluglärm, den der Kanton Zürich gerne nach Norden abdrängen möchte.

Fachwissen der Energiebranche umnutzen

Hoffnungsvoll entwickelt sich hingegen das international orientierte PSI. Es liegt am Eingang zum Zurzibiet, strahlt aber wenig auf das Hinterland aus. 77 % der 1200 Angestellten wohnen im Kanton. Aus dem unteren Aaretal kommt vorab technisches Personal, gefragt sind auch die Lehrstellen am PSI. Aber die als Steuerzahler begehrten Kaderleute zieht es eher in Zentrumsnähe. «Es sind Leute mit einem urbanen Lebensstil, die sich in Baden, Brugg oder gleich in Zürich niederlassen», schätzt PSI-Sprecher Beat Gerber ein.

Welche Entwicklungsperspektiven hat das Zurzibiet? Die Verantwortlichen im Bezirk sind erstaunlich ratlos und resigniert. Raumplaner von Kaenel hatte vorgeschlagen, man solle die intakten Naturlandschaften als Erholungs- und Freizeitraum nutzen, vom Thermo- und Wandertourismus in Zurzach über Velo- und Wanderwege bis zu Tagungszentren. Umgesetzt wird diese Idee offenbar nur zögerlich. Marcel Iseli, Präsident des Wirtschaftsforums Zurzibiet und FDP-Grossrat, findet: «Diese Region muss erst ein Selbstbewusstsein entwickeln, das sie bisher nicht hat.» Sein Tipp: Zuerst mehr Strassen bauen, die bisherigen Arbeitsplätze halten und schauen, mit wem man zusammenarbeiten könnte, etwa im Logistikbereich und bei «Dienstleistungen aller Art».

SES-Präsidentin Eva Kuhn, Rektorin der Bezirksschule Leuggern, findet es unglaublich, wie die Region ihre Entwicklung verschläft und am «wirtschaftlichen Klumpenrisiko» der Atombranche festhält. Sie hat schon vor sechs Jahren ein SP-Standortpapier verfasst, das ein Förderprogramm des Kantons verlangte: «Wir haben qualifizierte Fachkräfte in der Energiewirtschaft. Dies ist eine Chance, die man jetzt nutzen sollte. Wir müssen gezielt Betriebe mit Zukunft ansiedeln: Zum Beispiel Betriebe der Elektronik, Mikroelektronik und für die Weiterentwicklung energieeffizienter Anwendungen. Die Elektrowirtschaft verlässt sich voll auf herkömmliche Produktion, statt auf erneuerbare Energie zu setzen.»

Energiezentrum statt Atomfriedhof

Wenn die «Strom ohne Atom»-Initiative angenommen wird, muss Beznau 2005 und Leibstadt 2014 abschalten. Wie bereitet sich die Region auf diese Möglichkeit vor? Gar nicht.

Der Gemeindeammann von Leibstadt kennt kein konkretes Szenario: «Wir rechnen schon damit, dass die KKW während ihrer vorgesehenen Betriebsdauer funktionieren.» KKL-Infochef Leo Erne meint offenbar, das Volk habe nichts zu sagen: «Werden die beiden Ausstiegsinitiativen abgelehnt, bleibt unser Werk noch ca. bis zum Jahre 2045 am Netz. Wir haben mit den ideologisch gefärbten Ausstiegsplänen nichts am Hut. Kernkraftwerke sollen betrieben werden, solange sie sicher und wirtschaftlich sind. Eine Abschaltung aus sicherheitstechnischen Gründen durch die Bundesbehörden ist im Übrigen jederzeit möglich!»

Wirtschaftsforum-Präsident Marcel Iseli rät gar zur totalen Vogel-Strauss-Politik: «Die Folgen wären so fatal, dass wir gar nicht wagen, daran zu denken, dass so etwas durchkommen könnte.» SES-Präsidentin Eva Kuhn entwirft hingegen eine Vorwärtsstrategie: «Das untere Aaretal soll nicht einfach ein Atomfriedhof werden. Auch der Abbau der AKW braucht zunächst Fachleute. Und die zahlreichen Fachkräfte der Elektrobranche haben ein grosses Entwicklungspotenzial, das die Elektrowirtschaft bisher nicht nutzt.» □